

**Vorlage L 12 - G 11/17
für die Sitzung der Deputation für Bildung
am 15.11.2007**

**Aufstellung der Haushalte 2008 und 2009
Produktplan 21/Teilbudget Bildung**

Im Rahmen der Haushaltsaufstellung wird seit 2000 zum einen der Produktgruppenhaushalt und zum anderen der kamerale Haushaltsplan vorgelegt. Der Produktgruppenhaushalt ist der maßgebende Haushalt.

I. Produktplan 21 (Bildung)

Der Produktplan 21 (Bildung) gliedert sich in folgende Produktbereiche und Produktgruppen:

21.01 Öffentliche Schulen der Stadtgemeinde Bremen		
	21.01.01	Schulen der Primarstufe (unterrichtendes Personal)
	21.01.02	Schulen der Primarstufe (NUPSI)
	21.01.03	Förderzentren (unterrichtendes Personal)
	21.01.04	Förderzentren (NUPSI)
	21.01.05	Gesamtschulen/Integrierte Stadtteilschulen (UP)
	21.01.06	Gesamtschulen/Integrierte Stadtteilschulen (NUPSI)
	21.01.07	Schulzentren der Sekundarstufe I (unterrichtendes Personal)
	21.01.08	Schulzentren der Sekundarstufe I (NUPSI)
	21.01.09	Schulen der Sekundarstufe II – Gymnasiale Oberstufe - (unterrichtendes Personal)
	21.01.10	Schulen der Sekundarstufe II – Gymnasiale Oberstufe – (NUPSI)
	21.01.11	Schulen der Sekundarstufe II – Berufliche Schulen (UP)
	21.01.12	Schulen der Sekundarstufe II - Berufliche Schulen (NUPSI)
	21.01.13	Durchgängige Gymnasien (unterrichtendes Personal)
	21.01.14	Durchgängige Gymnasien (NUPSI)
	21.01.15	Erwachsenenschule/Abendschule (unterrichtendes Personal)
21.02 Öffentliche Schulen der Stadtgemeinde Bremerhaven		
	21.02.01	Kostenerstattung für Personalausgaben der Lehrkräfte

21.03 Sonstige Bildungseinrichtungen		
	21.03.01	Privatschulen
	21.03.02	Berufsbildungswerk
21.04 Schulbezogene Förderungen		
	21.04.02	Landesinstitut für Schule
	21.04.03	Sonstige schulische Leistungen und Fördermaßnahmen
21.05 Schülerbezogene Förderungen		
	21.05.01	Schüler-Bafög
	21.05.02	Schülerbeförderung
	21.05.03	Assistenz für behinderte Schüler und Schülerinnen
21.90 Sonstiges Bildung		
	21.90.01	Senatorische Angelegenheiten (incl. Overhead Gesamtressort)
	21.90.02	Abordnungen von Lehrkräften an andere Institutionen
	21.90.04	Weiterbildung nach WBG

Der Ressourceneinsatz, die Personaldaten und die Leistungsziele/Kennzahlen sind nach der oben dargestellten Gliederung nach Produktbereichen und Produktgruppen für die Jahre 2008 und 2009 dargestellt. (**Anlage A**)

In den jeweiligen Produktbereichen und Produktgruppen sind Planwerte für die Leistungskennzahlen, wie auch Vergleichskennzahlen für die einzelnen Aufgabenbereiche dargestellt.

Auf der Ebene der Produktbereiche wurden strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum und langfristige Ziele benannt. Diese Ziele haben insbesondere im Rahmen der Umbauplanungen und schulstrukturellen Änderungen des Bildungsbereichs eine Bedeutung.

II. Kameraler Haushalt (Anlage B und C)

Der Kameraler Haushalt gliedert sich in folgende Kapitel:

0200	Behörde der Senatorin für Bildung und Wissenschaft
0201	Allgemeine Bewilligungen für Bildung
0230	Landesinstitut für Schule
0255	Allgemeine Weiterbildung
3210	Schulen des Primarbereichs
3211	Sonderschulen
3214	Gesamtschulen
3215	Schulen der Sekundarstufe I
3216	Schulen der Sekundarstufe II
3217	Gymnasien und durchgängige Gymnasien
3230	Landesinstitut für Schule
3239	Allgemeine Bewilligungen für Schulen
3240	Überbetriebliche Ausbildungsstätte für Bauberufe

III. Haushaltsdarstellung

1. Grundlagenbeschlüsse des Senats

a) Der Senat hat in seiner Sitzung am 26.09.07 folgende Eckwerte für die Jahre 2008 und 2009 beschlossen (zum Vergleich ist nachrichtlich der Eckwert 2007 aufgeführt):

Eckwerte für den PPL 21

	konsumtive Einnahmen	Investive Einnahmen	Personal-ausgaben	konsumtive Ausgaben*)	Investive Ausgaben
2007	14.427.500	4.949.000	288.480.900	180.190.370	19.676.720
2008	14.624.000	4.998.900	286.402.070	179.518.750	18.405.600
2009	14.770.240	5.048.800	285.309.070	180.383.350	17.931.000

*) In dem konsumtiven Eckwert ist bereits die Eckwerterhöhung für die Neuregelung im Finanzzuweisungsgesetz (Personalkostenerstattung für die Lehrkräfte in der Stadtgemeinde Bremerhaven in Höhe von 100% - vorher 95%) enthalten. (in 2008 in Höhe von 4,175 Mio. € und 4,278 Mio. € in 2009)

b) Für den Bereich der Investitionsausgaben und die damit im Zusammenhang stehenden Einnahmen wurde beschlossen, dass die Ressorts zunächst auf der Grundlage der Eckwertvorschläge der Senatorin für Finanzen sowie unter Berücksichtigung der Zusatzforderungen der Ressorts Haushaltsvorentwürfe erstellen. Über die Höhe der endgültigen Ressorteckwerte und die in diesem Rahmen zu veranschlagenden Einzelmaßnahmen wird der Senat bis Ende November entscheiden. Die Ergebnisse dieser Entscheidung sollen dann in die der Bremischen Bürgerschaft vorzulegenden Haushaltsentwürfe aufgenommen werden.

c) Für die Schwerpunktmaßnahmen aus dem Koalitionsvertrag für die 17. Legislaturperiode werden investive und konsumtive Mittel zunächst zentral im Haushalt „Allgemeine Finanzen“ eingestellt. Die Entscheidungen über die Mittelausstattungen der einzelnen Schwerpunktbereiche im konsumtiven, Personal- und im investiven Bereich auf der Basis von noch zu konkretisierenden Planungen und Anmeldungen will der Senat bis Ende November 2007 treffen. (Die Aufteilung der konsumtiven Schwerpunktmittel ist vom Senat am 6.11.2007 vorgenommen worden, s. Anlage F)

2. Veränderungen der Eckwerte des Bildungshaushaltes

Zur Aufstellung der Haushalte sind ergänzend zum Eckwertbeschluss folgende technische Veränderungen zu berücksichtigen, die die Zahlenwerte verändern:

2.1. Verlagerung vom Personalbudget zum konsumtiven Haushalt

- Im Rahmen der Umwandlung von Eigenreinigung zu Fremdreinigung werden die in 2006/2007 veranlassten Umwandlungen in Höhe von rd. 0,72 Mio. € vom Personalbudget in den konsumtiven Haushalt (Produktbereich 21.01) verlagert.
- Ausgaben für die Modellversuche, die bisher beim Personal veranschlagt waren, werden in den Folgejahren bei den Sachausgaben benötigt und dort veranschlagt. (137.500 €/170.500 €)

2.2. Verlagerungen an andere Produktpläne

- Die Landeszentrale für politische Bildung ist seit der 17. Legislaturperiode der Senatskanzlei zugeordnet. Mit dem Eckwertbeschluss des Senats war die Verlagerung noch nicht umgesetzt.

2.3. Verlagerungen von anderen Produktplänen

- Im Jahr 2006 wurden die Schulbibliotheken (Personal- und Sachkosten) zu Bildung verlagert. Mit der Haushaltsaufstellung wird dies auch im Eckwert vollzogen.
- Im Rahmen der Schaffung von Ganztagschulen im Primarbereich werden die Horte parallel geschlossen und die Personal- und Sachkosten entsprechend zu Bildung verlagert.
- Die Entgelte für die Personaldienstleistungen von Performa Nord sind vor rd. 5 Jahren dezentralisiert und auf die Ressorts verteilt worden. Diese Mittel waren nicht ausreichend budgetiert, die Neuberechnung führt zu einer Eckwertverlagerung.
- Im Rahmen des Vermieter-Mieter-Modells werden den Nutzern dauerhafte Anreize zur Bestandsoptimierung gewährt, indem bei der Aufgabe von Gebäuden in Höhe der entfallenden Mietzahlung ein Ausgabebudget zur Verfügung gestellt wird. Diese Verlagerung (aus dem Haushalt "Allgemeine Finanzen") erfolgt erst im Rahmen des weiteren Haushaltsaufstellungsverfahrens.

Übersicht: Verlagerungen

in Euro	Verlagerung 2008			Verlagerung 2009		
	Konsumt. Einnahmen	Konsumt. Ausgaben	Personal- ausgaben	Konsumt. Einnahme n	Konsumt. Ausgaben	Personal- ausgaben
Eckwert	14.624.000	179.518.750	286.402.070	14.770.240	180.383.350	285.309.070
Verlagerung Reinigung		722.300	-722.300		722.300	-722.300
Verlagerung von Personal zu Sachausgaben (MV)		137.500	-137.500		170.500	-170.500
Verlag. LzfpB an PPL 03	-36.070	-194.510	50.710	-36.430	-192.050	50.710
Verlag. Schulbibliothek von PPL 22		59.620	707.940		59.620	707.940
Von Kita für Ganztags. (PPL 41)		239.200	187.210		239.200	191.810
von PPL 92 für Entgelte Performa Nord		380.410			339.150	
Eckwerte neu	14.587.930	180.863.270	286.488.130	14.733.810	181.722.070	285.366.730

3. konsumtive Mehreinnahmen

Im Rahmen der Föderalismusreform zahlt der Bund seit 2007 Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens im nationalen Vergleich“. In den Jahren 2008 und 2009 werden mit diesen Mitteln die bestehenden Modellversuche ausfinanziert, der darüber hinaus gehende Anteil kann in 2008 und 2009 als Mehreinnahmen veranschlagt werden. Entsprechend wird der konsumtive Einnahme-Eckwert, wie auch der konsumtive Ausgabe-Eckwert, erhöht:

	2008		2009	
	Konsumt. Einnahmen	Konsumtive Ausgaben	Konsumt. Einnahmen	Konsumtive Ausgaben
Eckwert nach Verlagerung	14.587.930	180.863.270	14.733.810	181.722.070
Mehreinnahmen/-ausgaben	328.500	328.500	318.500	318.500
Eckwert neu	14.916.430	181.191.770	15.052.310	182.040.570

4. Darstellung zu den einzelnen Ausgabebereichen

4.1. Konsumtive Sachausgaben

Die konsumtiven Ausgaben sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen (in 2003 waren es im IST 168,1 Mio. € in 2006 im IST schon 183,4 Mio. €), dies liegt zum einen an Kostensteigerungen wie z. B. die Mehrwertsteuererhöhung, zum größeren Teil aber an einer Aufgabenausweitung im Bildungsbereich, wie z. B.:

- Einführung der unterrichtsergänzenden Maßnahmen (z. B.: Vorkurse für Schüler/innen mit Migrationshintergrund, Leseintensivkurse, Leseclubs, Fördermaßnahmen zum Abbau der Wiederholerquoten, LRS - und Dyskalkulie - Projekte, Profilangebote)
- Einführung der verbindlichen Verlässlichen Grundschule
- Einrichtung von insgesamt 33 Ganztagschulen
- flexible Unterrichtsvertretung und „Lehrerfeuerwehr“
- Anpassung der Privatschulfinanzierung an den Durchschnittswert der Bundesländer
- Abfinanzierung der Zinsen für Sanierungskredite etc.

Auf der Grundlage dieser Aufgaben ist ein Bedarf von 188 Mio. € in 2008 und 191 Mio. € in 2009 berechnet worden. In den Haushaltsberatungen wurde dieser Bedarf nicht anerkannt.

Die nun vorgelegte Anschlagsbildung für 2008 und 2009 erfolgte auf der Grundlage der Senatsvorgaben: die konsumtiven Ausgaben werden gegenüber dem Eckwert 2007 um 4,2% (in 2008) und zusätzlich um 1,3% in 2009 gekürzt.

Für den Bildungshaushalt ist ergänzend zu erwähnen, dass die Personalkostenerstattung für die Lehrkräfte in Bremerhaven aus der Kürzung heraus genommen wurde und für die Absicherung der gesetzlichen Aufgaben (BAföG und Privatschulen) konnte eine Berücksichtigung im Risikofonds (den die Senatorin für Finanzen vorhält) in Höhe von 1,2 Mio. € p.a. erreicht werden.

Insgesamt muss daher im Bildungshaushalt eine Reduzierung gegenüber dem Anschlag 2007 in Höhe von rd. 3,0 Mio. € in 2008 und zusätzlich 1,2 Mio. € in 2009 umgesetzt werden.

Mit dem Doppelhaushalt 2008/2009 sind daher zur Einhaltung der Vorgaben des Eckwertes Veränderungen/Anpassungen notwendig.

Rund 62 % des Anschlags 2007 sind für „gesetzlich verpflichtete Aufgaben“ (Bremerhaven, Privatschulen und BaföG) vorzusehen. Da hier derzeit keine kostenreduzierenden Beschlüsse unterstellt werden können, verbleibt die Notwendigkeit, die „Kürzung“ in den übrigen Bereichen zu veranschlagen:

Aufgaben	Anschlag 2007
Gesetzlich verpflichtete Aufgaben	111.108
Schulbetrieb	52.298
Inhaltliche Gestaltung der Schulen	11.835
Steuerungsebene inkl. Entgelte Performa	3.948
Weiterbildung	1.001
Konsumtive Ausgaben gesamt	180.190

Für die **Haushaltsjahre 2008 und 2009** sind folgende Leistungseinschnitte und Effizienzsteigerungen veranschlagt worden:

- Reduzierung der Energiekosten durch Verstärkung des Projektes 3/4 plus (clevere Energie- und Wassernutzung in Schulen) und verstärkte Umsetzung von Energie-Contracting (Reduzierung von insgesamt 1 Mio. €)
- Leistungsreduzierung beim Einkauf von Fremdreinigung durch Anpassung der Reinigungsleistung an den Wert anderer vergleichbarer Städte (Reduzierung um 0,5 Mio. €)

- Reduzierung der Hausmeisterdienstleistungen auf den rein schulischen Aufgabenbereich – ohne Zukauf aufgrund der neuen Arbeitszeitregelung für Hausmeister (Reduzierung um 0,2 Mio. €)
- Leistungsreduzierung bei den Beförderungskosten (schulferne Gebiete, Sonderfahrausweise etc.) und Effizienzgewinne bei den Assistenzprogrammen (Reduzierung um 0,8 Mio. €)
- Kürzung bei der senatorischen Behörde und dem Landesinstitut für Schule (Reduzierung um rd. 0,1 Mio. €)
- Beendigung der Mittelzuweisung für PISA-Folgeprogramme an die Stadtgemeinde Bremerhaven. In den Haushalten ab 2003 wurde bisher ein Landesprogramm "PISA-Folgeprogramm" eingestellt, um den beiden Stadtgemeinden genügend Zeit zu geben, um ein städtisches Programm aufzulegen. Ermöglicht wird dies durch die ab 2008 geltenden Neuregelungen im Finanzausgleichsgesetz für die Stadtgemeinden. (Einsparung gegenüber 2007 1,3 Mio. €)

Entsprechend den oben genannten Kürzungen verteilen sich die Ausgaben in den Haushalten 2008 und 2009 auf folgende Aufgaben:

Übersicht: Ausgaben (Anschläge) nach Aufgabenbereichen*)

	Anschlag 2008	Anschlag 2009
Personalkostenerstattung Bremerhaven	83.630	85.699
Privatschulen/Berufsbildungswerk	21.824	21.573
Bafög	8.000	8.000
Ausgaben mit rechtl. Verpflichtung	113.454	115.272
Bewirtschaftungskosten Schulen	22.741	22.071
Hausmeisterleistungen	7.449	7.449
Sanierungskredite (Zinsen)	1.701	1.605
Schulbudgets/IT-Folgekosten	7.452	7.452
Betreuung/Assistenz und Fahrkosten f. behinderte Schüler	7.096	6.951
Zuwendungen: Verl. Grundschule/Ganztagsschulen	7.526	7.526
flexible Unterrichtsvertretung	3.000	3.000
Zuwendungen: unterrichtsergänzende Leistungen	4.246	4.246
Föderalismusreform/Modellversuche	577	610
Ausgaben Schulbereich	61.788	60.910
Weiterbildung	1.000	1.000
Landesinstitut für Schule	1.107	1.093
Behörde/Sonstiges/Qualitätssicherung	2.301	2.279
Leistungen an Performa	1.542	1.486
Zentrale Ausgaben	5.950	5.858
Gesamt	181.192	182.040

*)Die Mittel für Schwerpunktmaßnahmen aus dem Koalitionsvertrag für die 17. Legislaturperiode sind noch nicht einbezogen.

4.2. Investive Ausgaben/Einnahmen

Für den Bereich der Investitionsausgaben/-einnahmen sind folgende Eckwerte für den Bildungsbereich beschlossen worden:

	Investive Einnahmen	Investive Ausgaben *)
2008	4.998.900	18.405.600
2009	5.048.800	17.931.000

*) Die Mittel für Schwerpunktmaßnahmen aus dem Koalitionsvertrag für die 17. Legislaturperiode (vier neue Ganztagsschulen) sind noch nicht einbezogen.

Auf der Grundlage des Senatsbeschlusses vom 25.09.07 soll über die endgültige Höhe der investiven Ressorteckwerte und die in diesem Rahmen zu veranschlagenden Einzelmaßnahmen bis Ende November entschieden werden. Hierfür wurden alle Ressorts aufgefordert, ihre Investitionsvorhaben gesondert vorzulegen und eine Sortierung bzw. Kennzeichnung nach Qualität der Maßnahme (Kategorien: gesetzliche Verpflichtung, Fortsetzungsmaßnahme, Substanzerhaltung, Drittmittelfinanzierung, neue Maßnahme) und nach eigener Prioritätensetzung vorzulegen.

Die angemeldeten Investitionsvorhaben werden in der Anlage E dargestellt. Die folgende Tabelle zeigt eine Kurzfassung:

in Tsd. Euro	2008	2009
Abfinanzierungen Kredite - Tilgung	4.485	4.745
Investive Ausgaben im Rahmen der Schulbudgets	2.445	2.445
Investive Ausgaben Behörde / Landesinstitut für Schule	326	326
Investitionszuschüsse an Schullandheime	51	51
Nutzerspezifische Baumaßnahmen im Schulbereich	3.800	3.800
ADV-Ausstattung / Neue Medien	2.400	2.400
Umbaumaßnahmen zur schulstrukturellen Umstrukturierung	5.500	6.350
Schließ- und Sicherheitskonzept	1.000	1.000
Neugestaltung der Außenanlagen	1.000	1.000
Neue Ganztagschulen	4.800	4.800
Gesamt*)	25.807	26.917

*)bei Fortführung des bisherigen Programms „Mobile Schulausstattung“

Bei den investiven Einnahmen ist darauf hinzuweisen, dass das Bundesprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ im Haushaltsjahr 2007 beendet wird und daher die investiven Einnahmen auf „0“ gesetzt werden müssen. Weitere Möglichkeiten, investive Einnahmen zu erzielen, werden zur Zeit nicht gesehen.

Die Deputation für Bildung wird zeitnah über die endgültigen Ressorteckwerte und die dann veranschlagten Einzelvorhaben informiert. Die der Bremischen Bürgerschaft vorzulegenden Haushaltsentwürfe werden entsprechend angepasst.

4.3. Personalausgaben

Die Personalausgaben wurden entsprechend der personalwirtschaftlichen Vorgaben und den Beschäftigungszielzahlen ermittelt. Für den Bildungsbereich war Grundlage,

- a) dass alle freiwerdenden Stellen von Lehrkräften grundsätzlich für Neueinstellungen oder entsprechende andere Personalbedarfe der Schulen genutzt werden sollen, daher wurde die Zielzahl für den Bereich Lehrkräfte ohne Kürzung auf dem Stand von 2007 konstant gehalten.
- b) für die senatorische Dienststelle gilt eine Sparvorgabe von 6,5 %
- c) die Vorgaben für das nichtunterrichtende Personal (NuP) und das Landesinstitut für Schule orientieren sich an denen für binnenorientierte Dienststellen und betragen für die Jahre 2008/2009 jeweils -4 %.

Auf dieser Grundlage hat der Senat folgende eckwertbezogene Zielzahlen beschlossen:

	Haushalt Dez 07	Bonus/ Malus	Soll- korrektur	Ausgangs- wert 2008	PEP 2008	Soll Dez 08	PEP 2009	Soll Dez 09
Lehrkräfte	4.288,6	-6,8	6,8	4.288,6	0,0	4.288,6	0,0	4.288,6
Nichtunterr. Personal	593,0	-2,4	0,0	590,6	-23,5	567,1	-22,6	544,5
LIS	152,7	-0,5	-4,7	147,5	-5,9	141,6	-5,7	135,9
Senatorische Dienststelle	205,9	-1,7	4,7	208,9	-13,6	195,3	-11,9	183,4
Gesamt	5.240,2	-11,4	6,8	5.235,7	-43,0	5.192,7	-40,2	5.152,5

Diese Beschäftigungszielzahlen wurden an bestehende Beschlüsse im Haushaltsentwurf angepasst durch:

- a) Verlagerungen von anderen Produktplänen zum Nichtunterrichtenden Personal:
 - 12,5 Stellen von Kultur für Schulbibliotheken (NUP)
 - 4,76 Stellen von Kita für Ganztagschulen
- b) Verlagerung zum neuen Zentrum für schülerbezogene Beratung und zur Bibliothek im Landesinstitut Schule von 15,35/14,75 Stellen aus dem Lehrerbereich und der senatorischen Behörde.
- c) Verlagerung von 23,3 Stellen in den Sachhaushalt für Umwandlung von Eigenreinigung in Fremdreinigung

Die nachfolgende Tabelle zeigt die veränderten Zielzahlen auf denen auch die Personalausgaben budgetiert wurden:

	Soll 2008	Soll 2009
Lehrkräfte	4.281,9	4.281,9
Sonstiges Personal Schulen	557,9	535,3
LIS	156,9	150,7
Senatorische Dienststelle	190,9	179,6
Gesamt	5.187,6	5.147,4

Die Sparvorgabe von 4% bezogen auf das Nichtunterrichtende Personal (Betreuungskräfte in der Ganztagschule und der Verlässlichen Grundschule, Lehrmeister/innen, Schulsekretär/innen) soll nach Vorlage eines bereichsbezogenen Konzeptes für die künftige Aufgabenwahrnehmung und Ressourcenausstattung für die Assistenzbereiche in Schulen (NUP) bis zum Abschluss der Haushaltsberatungen überprüft werden.

5. Aufteilung der Mittel auf die Produktbereiche

Auf der Basis der Eckwerte, der Verlagerungen und Mehreinnahmen ergibt sich folgende Aufteilung der Mittel auf die Produktbereiche (aktualisierte Eckwerte):

Aktualisierte Eckwerte 2008

PB	Produktbereich	konsumtive Einnahmen	investive Einnahmen	konsumtive Ausgaben	investive Ausgaben*	Personal- ausgaben
----	----------------	-------------------------	------------------------	------------------------	------------------------	-----------------------

21.01	Öffentliche Schulen der Stadtgemeinde Bremen	2.896.260	0	41.491.260	9.337.600	233.797.180
21.02	Öffentliche Schulen der Stadtgemeinde Bremerhaven		0	83.630.370	0	0
21.03	Sonst. Bildungseinrichtungen	1.029.440	0	22.248.830	0	0
21.04	Schulbezogene Förderungen	1.517.790	0	14.040.310	17.007.160	31.848.390
21.05	Schülerbezogene Förderungen	5.832.480	0	15.085.000	0	0
21.90	Sonstiges Bildung	3.640.460	0	4.696.000	1.461.500	20.842.560
	Gesamt	14.916.430	0	181.191.770	27.806.260	286.488.130

Aktualisierte Eckwerte 2009

PB	Produktbereich	konsumtive Einnahmen	investive Einnahmen	konsumtive Ausgaben	investive Ausgaben*	Personal- ausgaben
21.01	Öffentliche Schulen der Stadtgemeinde Bremen	3.031.120	0	40.773.260	9.337.600	232.750.580
21.02	Öffentliche Schulen der Stadtgemeinde Bremerhaven		0	85.699.190	0	0
21.03	Sonst. Bildungseinrichtungen	1.030.440	0	22.248.830	0	0
21.04	Schulbezogene Förderungen	1.517.790	0	13.781.640	18.117.270	32.126.290
21.05	Schülerbezogene Förderungen	5.832.500	0	14.940.000		0
21.90	Sonstiges Bildung	3.640.460	0	4.597.650	1.461.500	20.490.920
	Gesamt	15.052.310	0	182.040.570	28.916.370	285.367.790

* die Beträge bei den investiven Ausgaben sind nur nachrichtlich angegeben (siehe 4.2)

Beschlussvorschlag

Die Deputation für Bildung nimmt die Haushaltsentwürfe 2008 und 2009 zur Kenntnis.

Im Auftrag

Werner Meinken

Anlagen:

- Anlage A Produktgruppenhaushalt Bildung
- Anlage B kameraler Haushalt -Stadtgemeinde
- Anlage C kameraler Haushalt -Landeshaushalt
- Anlage D Anwendung der Kreditbegrenzungsregelung des Art. 131a LV - Darlegung
der Erforderlichkeit der Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen -
- Anlage E Übersicht Investitionsanmeldungen
- Anlage F Aufteilung der konsumtiven Schwerpunktmittel
 Beschluss des Senats vom 6.11.2007